Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Deutsche Wirtschaft schrumpft 2023 deutlich
2. „Gewinninflation“ in vier Wirtschaftsbereichen treibt Teuerung in Deutschland erheblich
3. Cum-ex-Chefermittlerin muss Fälle und Mitarbeiter abgeben
4. Vom Stellungskrieg zum Waffenstillstand?
5. So beginnen Selenskyjs Verbündete ihm zu schaden
6. Nord Stream: Es ist an der Zeit, über Verrat zu reden
7. NATO probt Feindfahrt
8. Zeichen an die Welt: China geht auf Syrien zu.
9. Gericht hält Habecks Atomkraft-Akten für unvollständig
10. Flüssig-Erdgas von Rügen bleibt überflüssig
11. Steigende Miet- und Nebenkosten: So hart trifft die Energiekrise Studierende
12. Osten weiter hinten
13. Ungewöhnlich viele Arbeitsunfälle bei Tesla in Grünheide: Gewerkschafter fürchtet Todesfall
14. US-Unternehmen setzt gegen den Klimawandel Schwefeldioxid in der Stratosphäre frei
15. „Mit Long Covid schürt man nur noch Angst“

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Deutsche Wirtschaft schrumpft 2023 deutlich**
   Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognose für die deutsche Wirtschaft erneut gesenkt. Für das laufende Jahr wird ein Rückgang von 0,6 Prozent

vorhergesagt. Das Ende des Abschwungs sei jedoch in Sicht.
Noch im Frühjahr haben sich Wirtschaftsforscher optimistischer gezeigt – doch jetzt im Herbst rechnen sie mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute senkten ihre Prognose für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Statt des bislang erwarteten Wachstums von 0,3 Prozent wird nun für das laufende Jahr ein Rückgang von 0,6 Prozent vorhergesagt, das geht aus der am Donnerstag veröffentlichten Gemeinschaftsdiagnose für die Bundesregierung hervor.
»Der wichtigste Grund dafür ist, dass sich die Industrie und der private Konsum langsamer erholen, als wir im Frühjahr erwartet haben«, sagte Oliver Holtemöller, stellvertretender Präsident am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Der starke Anstieg der Energiepreise 2022 habe die Erholung von der Coronapandemie abgewürgt, die Inflation entziehe den Haushalten Kaufkraft und die jüngsten Leitzinserhöhungen belasteten die Bauwirtschaft, hieß es weiter. Die Stimmung in den Unternehmen habe sich zuletzt erneut verschlechtert, dazu trage auch politische Unsicherheit bei.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung André Tautenhahn: *Die Nachricht müsste eigentlich ganz oben stehen und die Frage diskutiert werden, welchen Anteil die Ampelregierung an der Entwicklung hat und was getan werden könnte, um den Trend umzukehren. Stattdessen bekommt man etwa auf tagesschau.de den ARD-DeutschlandTrend mit der Frage serviert: Wie rechts denkt Deutschland? oder es wird darüber berichtet, dass der Finanzminister die Klimaaktivisten mit der AfD vergleicht und sagt, dass deren Programme die deutsche Wirtschaft ruinieren würden, so als ob sie und nicht er Regierungsverantwortung trügen.*

2. **„Gewinninflation“ in vier Wirtschaftsbereichen treibt Teuerung in Deutschland erheblich**
Ein kräftiges Wachstum bei den Gewinnen von Unternehmen in einigen Branchen ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Inflation in Deutschland seit Anfang 2021 stark angestiegen ist und das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (EZB) weit überschreitet. Neben den Preisschocks von den internationalen Energie- und Nahrungsmittelmärkten nach dem russischen Überfall auf die Ukraine hat eine „Gewinninflation“ damit wesentlich dazu beigetragen, dass die Teuerungsraten im vergangenen und in diesem Jahr sehr hoch waren und sind. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Trotz der deutlichen gesamtwirtschaftlichen

Wirkung konzentriert sich das Phänomen auf einen relativ kleinen Teil der Wirtschaft. Auffällig ist der Anstieg der nominalen Stückgewinne in vier Wirtschaftsbereichen verlaufen: Am Bau, im von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) so zusammengefassten Großbereich „Handel, Verkehr und Gastgewerbe“ sowie etwas abgeschwächt im Bereich „Produzierendes Gewerbe ohne Bau- und Verarbeitendes Gewerbe“, zu dem die Energieerzeugung gehört, und in der Landwirtschaft. Vor allem in den ersten beiden Bereichen sind nach der neuen Analyse des IMK nicht nur die Gewinne stark gewachsen, sie stiegen auch stärker als in anderen europäischen Ländern und ihre Entwicklung lief jener der Löhne voraus, sodass man hier von einer durch Gewinnsteigerungen induzierten Inflation sprechen kann. In anderen Branchen, etwa weiten Teilen der Industrie, stiegen die Gewinnmargen dagegen lediglich moderat, so dass von ihnen kein besonderer Inflationsdruck ausging.
Quelle: Hans Böckler Stiftung

3. **Cum-ex-Chefermittlerin muss Fälle und Mitarbeiter abgeben**
   Der nordrhein-westfälische Justizminister Benjamin Limbach verteidigt seine Pläne zum Umbau der Kölner Staatsanwaltschaft. Seine Kritiker kann er damit nicht überzeugen. Sie befürchten massive Behinderungen bei der Aufklärung von Deutschlands größtem Steuerskandal.
   Die lobenden Worte waren schwach dosiert. “Ich habe mehrfach von der exzellenten Arbeit des Cum-ex-Teams berichtet und stehe auch weiterhin dahinter”, sagte Benjamin Limbach (53; Die Grünen) an diesem Mittwoch vor dem Rechtsausschuss im Düsseldorfer Landtag. Der nordrhein-westfälische Justizminister verteidigte dort eine äußerst umstrittene Entscheidung, die sich bereits seit mehr als einer Woche abzeichnet. Die Abteilung der renommierten Ermittlerin Anne Brorhilker (50), die mit ihrem Team maßgeblich für die Aufklärung von Deutschlands größten Steuerskandal zuständig ist, soll aufgeteilt werden. Brorhilker muss voraussichtlich einen Teil ihrer Mitarbeiter und ihrer Fälle an einen zweiten, gleichberechtigten Hauptabteilungsleiter abgeben – de facto kommt das einer Entmachtung gleich.
   Quelle: manager magazin
4. **Vom Stellungskrieg zum Waffenstillstand?**
   Während der russische Angriffskrieg in der Ukraine militärisch in einem Patt steckt, geht das Leiden in der Bevölkerung weiter und die Eskalationsgefahr bleibt ungebannt. Höchste Zeit über Wege an den Verhandlungstisch nachzudenken.
   Diese Anfang September 2023 verfassten Ausführungen zu möglichen Auswegen aus dem Ukrainekrieg beruhen auf Einschätzungen, die spätestens seit November 2022 so oder ähnlich auch von führenden Militärs westlicher Staaten vorgetragen werden sowie von unabhängigen Militärexperten, die nicht im Sold regierungsnaher Denkfabriken stehen.

Weder Russland noch die Ukraine können diesen Krieg mit militärischen Mitteln für sich entscheiden und die seit Februar 2022 von den Regierungen in Moskau und Kiew öffentlich deklarierten Ziele erreichen. Dennoch werden entsprechende Illusionen weiterhin von allen direkt oder indirekt kriegsbeteiligten Seiten geschürt. In Moskau durch die Propaganda der Regierung Putin, in Kiew und in den Hauptstädten der NATO-und EU-Mitgliedsstaaten durch die Waffenlieferungen an die Ukraine.
Dabei sind die Ziele, mit denen die Regierung Selenskyj und die westlichen Regierungen die Forderung nach und die Lieferung von militärischer Unterstützung öffentlich begründen, völlig unklar. Die Erwartung, wenn keine Seite relevante Fortschritte auf dem Schlachtfeld mache, werde es zu einem militärischen Erschöpfungspatt und zumindest lokalen oder regionalen Waffenruhen kommen, erwies sich in Bachmut auf grausame Weise als gravierende Fehleinschätzung.
Quelle: Luxemburg

dazu auch: **Amazing and sad chart from NYT**

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> Amazing and sad chart from NYT on how virtually nothing has changed from 9 months of tragically deadly and expensive fighting in Ukraine throughout 2023:
>
> Pink zones show parts of Ukraine occupied by Russia since January.
>
> Blue shows gains by Ukraine. Red shows gains by Russia.
> pic.twitter.com/5y9oc7ZbOJ
>
> — Glenn Greenwald (@ggreenwald) September 28, 2023

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

5. **So beginnen Selenskyjs Verbündete ihm zu schaden**

Früh schon hatten Beobachter Bilanz der ukrainischen Sommeroffensive gezogen und manche davon begannen sich bereits im August Gedanken darüber zu machen, was im Fall eines Scheiterns der Offensive geschehen könnte. Andere verfolgen bis heute jede noch so kleine Änderung des Frontverlaufs in der Hoffnung, doch noch irgendwo den lange erhofften Durchbruch zu entdecken. Und wiederum andere hoffen wie schon seit Februar 2022 auf die entscheidende Wirkung von Wunderwaffen. Dem westlichen Lager gehen die Handlungsoptionen aus. Da nützt es dem ukrainischen Präsident Selenskyj wenig, wenn er hilfesuchend durch die Welt reist.
Die Erfahrungen aus den Kriegsjahren 2014 bis 2020 zeigten, dass die Kriegsparteien die Intensität der Kampfhandlungen nach Bedarf senkten oder erhöhten, wenn bedeutende internationale Ereignisse oder diplomatische Verhandlungsrunden anstanden. Und auch in den letzten Monaten war dies wieder der Fall: Im Vorfeld des NATO-Gipfels von Vilnius nahm die Intensität der Kampfhandlungen kurzzeitig ab, um nach dem Gipfel wieder anzusteigen. Das lässt Schlussfolgerungen darauf zu, was die Regierungschefs der NATO-Länder dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj in Vilnius sagten: Die Erfolge der ukrainischen Sommeroffensive genügten ihnen offensichtlich nicht. Dies ist verständlich, denn in der damals sechs Wochen andauernden Sommeroffensive stießen die zwölf von der NATO ausgerüsteten, ausgebildeten und nach NATO-Standards geführten ukrainischen Brigaden auf einer Frontbreite von 10 bis 15 km weniger als 10 km weit vor. Eigentlich hätte eine derart starke Streitmacht innerhalb von 10 bis 14 Tagen in 170 bis 200 km Tiefe vorstoßen sollen.
Quelle: Globalbridge

6. **Nord Stream: Es ist an der Zeit, über Verrat zu reden**
Die Bundesregierung ist vorab über den Anschlag auf Nord Stream informiert gewesen, meint der Informant in Seymour Hershs neuem Artikel. Aber selbst wenn dem nicht so gewesen wäre – die politische Bedeutung dieses Anschlags sollte endlich mit dem richtigen Maßstab gemessen werden.
Der neueste Artikel von Seymour Hersh hat zwei Lücken geschlossen, die es bisher in der Geschichte des Nord Stream-Anschlags gab. Die Erste betrifft das Motiv seiner Quellen – die Zweite ist weit schwerwiegender, sie betrifft die Rolle der Bundesregierung in der ganzen Geschichte.
Das Motiv ist nicht ganz unwichtig, weil seine Nachvollziehbarkeit die Glaubwürdigkeit berührt. Gerade bei Informationen, die von Nachrichtendiensten stammen, ist es wichtig, ausschließen zu können, selbst durch diese Informationen instrumentalisiert zu werden oder Falschinformationen zu erhalten. Dass denjenigen, die den Anschlag technisch vorbereiteten, ein völlig anderes Ziel vorgegaukelt wurde, als tatsächlich damit verfolgt werden sollte, ist ein Motiv, das die Glaubwürdigkeit der Aussagen erhöht – wenn Informationen aus Geheimdienstkreisen “durchgestochen”

werden, erweist sich das oft als Folge interner Widersprüche. So war das bereits bei den Pentagon Papers.
Quelle: Dagmar Henn auf RT DE

dazu: **Seymour Hersh: Ein Jahr Lügen über Nordstream**
Quelle: NachDenkSeiten

7. **NATO probt Feindfahrt**
Seekriegsmanöver »Northern Coasts 2023« wurde aus Rostock gesteuert. Meere und Handelswege rücken in den Fokus.
Nicht nur zu Lande und in der Luft, auch auf den Meeren jagt eine NATO-Kriegsübung die nächste. Drei Monate nach dem Ende des Ostsee-Großmanövers »Baltic Operations« (BALTOPS), an dem 50 Kriegsschiffe, über 45 Flugzeuge und 6.000 Soldatinnen und Soldaten unter Beweis stellen sollten, »daß die maritime Bereitschaft der NATO stärker ist als je zuvor« (Manöver-Kommuniqué der NATO), gingen seit dem 9. Bis zum 20. September über 3.200 Seeleute und Marineflieger aus 14 Ländern auf Gefechtsstation. 30 Kriegsschiffe und zwei Dutzend Luftfahrzeuge simulierten in bedrohlicher Nähe zur russischen Küste vor Kaliningrad unter Realbedingungen zahlreiche taktische Schritte des Seekriegs, dabei ist auch »der amphibische Angriff auf Ziele an Land«, wie die Hamburger Wochenzeitung »Die Zeit« zu berichten weiß. Die schwedische Marine, für deren NATO-Beitritt noch die Unterschrift des türkischen Präsidenten Erdogan aussteht, hatte wenige Tage vor »Northern Coasts« durch ein gemeinsames Manöver mit den US Marines den NATO-Feinschliff erhalten. Der Kommandeur des 1. schwedischen Marineregiments, Oberst Adam Camel, zog am 14. September in der US-amerikanischen Militärpostille »Stars and Stripes« das Fazit der neuen NATO-Glückseligkeit: »Wir werden besser und tödlicher.« Der Führungsstab des seit 2007 jährlich abgehaltenen Manövers »Northern Coasts« saß im neueingerichteten Führungszentrum der deutschen Bundesmarine in der Rostocker Hanse-Kaserne. In Kriegs- und Krisenzeiten soll das Führungszentrum als zukünftiges maritimes Hauptquartier (German Maritime Forces Staff, NATO-Kennung »DEU MARFOR«) für den Ostseeraum fungieren. Nach den Weichenstellungen des NATO-Gipfels in Vilnius, die auf weltweite präventive Aktionen innerhalb kürzester Zeit gegen »alle Bedrohungen, egal woher sie kommen – 360-Grad-Ansatz« (Kommuniqué von Vilnius, 11. Juli 2023) orientierten, rückt für die NATO die Beherrschung der Weltmeere und die Kontrolle der Schiffshandelswege in der Agenda weit nach oben.
Quelle: Zeitung vum Lëtzebuerger Vollek
8. **Zeichen an die Welt: China geht auf Syrien zu.**
Auf Einladung des chinesischen Präsidenten Xi Jinping hat sich der syrische Präsident

Baschar Al Assad rund eine Woche in China aufgehalten. Begleitet wurde Assad von seiner Frau Asma und einer Delegation aus Ministern, darunter Außenminister Feisal Mekdad, und Beratern. Bereits am vergangenen Freitag waren die beiden Präsidenten in Hangzhou, der Hauptstadt der ostchinesischen Provinz Zhejiang zu einem ersten Gespräch zusammengetroffen. Bei einer anschließenden Pressekonferenz teilten Xi und Assad die Vereinbarung einer strategischen Partnerschaft zwischen China und Syrien mit. In Syrien hofft man auf wirtschaftliche Entwicklung. Neben zahlreichen anderen Präsidenten und Staatsführern sowie IOC-Präsident Thomas Bach hatten die Assads am vergangenen Samstag an der Eröffnungsfeier der 19. Asiatischen Spiele in Hangzhou teilgenommen. Zusätzlich zu einem touristischen Programm für die syrischen Gäste gab es zahlreiche Gespräche, bei denen der bilaterale Handel im Rahmen des Projekts der Neuen Seidenstraße im Mittelpunkt standen. Am Montag reiste die syrische Delegation nach Peking. Präsident Assad traf mit zahlreichen Politikern zusammen, der chinesische Ministerpräsident Li Qiang begrüßte Assad in der Großen Halle des Volkes. Li erklärte, man werde konkrete Schritte für die Zusammenarbeit mit Syrien ausarbeiten. Assad bedankte sich für die Unterstützung Chinas bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Dabei hob er die umfassende Hilfe Chinas für die Bevölkerung und nach dem Erdbeben im Februar 2023 hervor. Präsidentengattin Asma al Assad traf sich mit Studenten der Peking Universität für Fremdsprachen und Ausländische Studien. In der syrischen Botschaftsresidenz in Peking tauschten sich die Assads mit Syrern aus, die in China leben, arbeiten und studieren.
Quelle: Karin Leukefeld in Zeitung vum Lëtzebuerger Vollek

9. **Gericht hält Habecks Atomkraft-Akten für unvollständig**
Erst verschleppt Robert Habecks Wirtschaftsministerium unseren Antrag auf Akteneinsicht zur AKW-Laufzeitverlängerung und lässt es auf eine Klage ankommen. Jetzt kam bei der Gerichtsverhandlung heraus, dass in den Akten wohl wichtige Unterlagen fehlen.
Das Verwaltungsgericht Berlin hat an diesem Montag eine Klage von Cicero auf Einsicht in interne Unterlagen des Bundeswirtschaftsministeriums zur seit Beginn des Ukrainekriegs geführten Atomkraft-Diskussion in mündlicher Sitzung verhandelt. Dabei kam heraus, dass die bislang vorgelegten Akten offenbar unvollständig sind. Verwaltungsrichter James Bews forderte die Vertreter aus Robert Habecks Ministerium auf, nach weiteren Unterlagen zu suchen. Und zwar solchen, in denen es um die CO2-Einsparung einer AKW-Laufzeitverlängerung sowie deren Auswirkungen auf die Netzstabilität und die Strompreise geht.
Denn diese Themen tauchen in den bisher vorgelegten regierungsinternen E-Mails, Vermerken und Protokollen kaum auf. Es gibt aber Hinweise darauf, dass sich die

Fachleute des Ministeriums dazu durchaus geäußert haben – mit deutlicher Kritik an der von der grünen Führungsspitze des Hauses vertretenen Anti-Atom-Haltung.
Quelle: Cicero

Anmerkung Christian Reimann: *Wer CO2 einsparen möchte, nimmt nicht die vorhandenen AKWs vom Netz und lässt Kohlekraftwerke ohne CCS-Technologie weiterlaufen. Insbesondere den Grünen scheint das Aus der hiesigen Kernkraftwerke wichtiger zu sein als die Reduktion von CO2. Richtig paradox wird es, wenn ausgerechnet Bundesminister Habeck akzeptiert, dass sogar in der Ukraine die Kernkraftwerke weiterlaufen. Bitte lesen Sie dazu auch bzw. erneut Bundeswirtschaftsministerium unter Habeck: Vetternwirtschaft, Klima der Angst und Einsatz des Inlandsgeheimdienstes bei „abweichenden Einschätzungen“. Interessant sein könnten z.B. auch die Hinweise „Solange die Dinger sicher laufen“, sind ukrainische Atomkraftwerke für Habeck „in Ordnung“ sowie Graichen-Affäre: Wie grünes US-Kapital das Wirtschaftsministerium “penetriert” hat und So teuer würden Heizen und Autofahren bei höheren CO_2-Preisen jeweils mit Anmerkungen.*

10. **Flüssig-Erdgas von Rügen bleibt überflüssig**
Gegen das umstrittene LNG-Projekt auf Rügen wird seit Tagen protestiert. Nun zeigt ein neues DIW-Gutachten, dass die geplanten schwimmenden Terminals nicht nötig sind, um die Gasversorgung kurz- und langfristig zu sichern.
Wie es sich seit Monaten abgezeichnet hat, wird die Ostseeinsel Rügen zu einem Hotspot der Klimaproteste. Unter dem Motto “Gemeinsam gegen LNG” demonstrieren Bürgerinitiativen, das Aktionsbündnis Ende Gelände und verschiedene Organisationen tagelang gegen das geplante LNG-Terminal im Hafen von Mukran. […]
Gestützt wird das Anliegen der Proteste von einer am Freitag veröffentlichten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, die von der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in Auftrag gegebenen wurde.
In der Studie wird hervorgehoben, dass es im vergangenen Winter keine Gasmangellage gegeben habe und sich die Erdgasmärkte in diesem Jahr stabilisiert hätten. Eine Mangellage sei auch für den kommenden Winter nicht absehbar.
Die Gasspeicher in Deutschland und Europa seien jetzt zu Beginn der Heizperiode zu jeweils 95 Prozent gefüllt, betonen die Autor:innen. Zusätzlich gebe es “erhebliche Flexibilitäten” bei der Nutzung der Importkapazitäten für Flüssigerdgas.
“Das fossile LNG-Projekt Mukran ist energiewirtschaftlich nicht notwendig und wird weiterhin nicht dringend zur Vermeidung einer Gasmangellage im Winter 2023/24 benötigt”, bilanziert Mitautorin Claudia Kemfert vom DIW. Das Gasprojekt sei auch klimapolitisch kontraproduktiv, weil es zusätzliche Emissionen verursache und die

nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung auf Rügen behindere.
Quelle: Klimareporter

11. **Steigende Miet- und Nebenkosten: So hart trifft die Energiekrise Studierende**
Die Miet- und Nebenkosten für Studierende sind in diesem Jahr weiter gestiegen, wie eine neue Auswertung zeigt. Mit Bafög allein kann man sich Wohnen kaum noch leisten – außer in wenigen Hochschulstädten.
Die Situation auf dem Wohnungsmarkt wird für Studierende zunehmend schlechter. Das ergab der Studentenwohnreport 2023, den der Finanzdienstleister MLP am Donnerstag gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft veröffentlichte. Dafür wurden Daten zum Mietmarkt bis August 2023 analysiert. An allen 38 untersuchten Hochschulstandorten sind die Mieten für Studentenwohnungen und WG-Zimmer weiter gestiegen. Im Schnitt lagen die Preise mehr als sechs Prozent über dem Vorjahr.
Quelle: DER SPIEGEL
12. **Osten weiter hinten**
Regierungsbeauftragter legt neuen Bericht zum Stand der »Deutschen Einheit« vor. […]
Indirekt räumt der Bericht zur »Einheit« ein, dass die politisch Verantwortlichen in den ostdeutschen Bundesländern den Konzentrationsprozessen freien Lauf gelassen haben. Zuletzt lebten im Osten nur noch 55 Prozent der Menschen auf dem Land. Die Altersschere zwischen urbanen und ländlichen Räumen ging in den »neuen Ländern« weiter auseinander. Mehr ältere Menschen leben außerhalb der großen Städte, während es Menschen im erwerbsfähigen Alter genau dorthin zog. Auch über Geburtenrückgang und Abwanderung in den Westen informiert das Papier. Hier gilt ebenfalls: im Osten nichts Neues. Ein Stück DDR-Erbe zeigt immerhin noch Wirkung: »In Ostdeutschland besuchten 53,3 Prozent der unter Dreijährigen eine Kindertageseinrichtung oder Kindertagespflege, in Westdeutschland waren es 31,8 Prozent.« Hier sei eine Annäherung erfolgt.
Quelle: junge Welt
13. **Ungewöhnlich viele Arbeitsunfälle bei Tesla in Grünheide: Gewerkschafter fürchtet Todesfall**
Die Probleme im Umfeld der Gigafactory vor den Toren Berlins gehen weiter. Am Mittwochabend scheiterte überraschend die Abwahl eines Kritikers der Tesla-Fabrik. Teslas erste Fabrik in Europa sorgt weiter für Schlagzeilen und erheblichen Wirbel. In der sogenannten Gigafactory bei Grünheide in Ostbrandenburg haben sich offenbar ungewöhnlich viele Arbeitsunfälle ereignet. Das berichtet das Magazin Stern in seiner neuen Ausgabe. Das Magazin konnte bislang unbekannte Unterlagen der Behörden einsehen.

Dort heißt es, dass 247 Mal Rettungswagen oder Hubschrauber angefordert worden seien. „Auf die Mitarbeiter-Zahl umgerechnet seien dies – in ähnlichem Zeitraum – dreimal so viele Notfälle wie beispielsweise in Audis Werk in Ingolstadt“, teilt der Stern mit.
Auch habe es 23 Umweltunfälle auf dem Tesla-Gelände gegeben. Immer wieder seien Schadstoffe ausgelaufen, schreibt der Stern. Schon geringe Mengen könnten das Grundwasser von 170.000 Einwohnern direkt an der Grenze zu Berlin gefährden. Denn die Fabrik steht zu großen Teilen auf einem Trinkwasserschutzgebiet.
Quelle: Berliner Zeitung

14. **US-Unternehmen setzt gegen den Klimawandel Schwefeldioxid in der Stratosphäre frei**
Das US-Unternehmen Make Sunsets hat nach eigenen Angaben mit bisher 28 Ballons das Aerosol Schwefeldioxid in der Stratosphäre freigesetzt, um dort Partikelwolken zu erzeugen, die die Sonneneinstrahlung vermindern sollen. Dafür sammelt das Unternehmen Spenden. Startort der Ballons scheinen die USA zu sein. Das Unternehmen listet mögliche unbeabsichtigte Nebenwirkungen wie Zerstörung der Ozonschicht auf, meint aber, der erhoffte Effekt auf das Klima sei das Risiko wert. Einen Plan, wie sie die Wirksamkeit der Maßnahme feststellen können, haben die Geoingenieure noch nicht. Verhaftet wegen Betrugs oder gefährlicher Umweltverschmutzung wurden sie auch noch nicht.
Quelle: Norbert Häring

15. **„Mit Long Covid schürt man nur noch Angst“**
Wird nach der Pandemie jetzt auch noch Long Covid wissenschaftlich abgewickelt? Drei internationale Gesundheitsforscher stellen Zahlen und die Politik infrage – und ein deutscher Kliniker legt verbal nach.
„An der Grenze der Seriosität“ – der Direktor der Klinik für Neurologie am Universitätsklinikum Essen, Christoph Kleinschnitz, ist kein Querdenker, und doch hat er schon früher den Umgang der eigenen Kollegen und der Gesundheitspolitik mit Long Covid vehement kritisiert. Wir haben ihn zu der soeben erschienenen Generalabrechnung von Gesundheitsforschern aus USA, England und Dänemark befragt.
Herr Kleinschnitz, in dem einflussreichen britischen Medizinjournal „BMJ Evidence-based Medicine“ werfen drei Epidemiologen den Medizin-Kollegen, Politikern, Gutachtern und einfach allen, die das Massenleiden Long Covid ernst nehmen, vor, die Sache ohne ausreichende Evidenz aufzubauschen. Die zugrunde liegenden Studien seien voller Mängel und Lücken. Sie als Neurologe beklagen das schon lange, haben aber die Mehrheit der Experten gegen sich. Ändert sich daran jetzt etwas?
Die methodischen Schwächen bei allen bisher erschienenen Long-Covid-Studien sind

doch immanent. Man muss sich einfach wundern, was es zur Veröffentlichung schafft. Am Anfang der Pandemie war es noch einigermaßen verständlich, aber danach wurden wissenschaftliche Standards verlassen, was dazu führt, dass keiner mehr durchblickt, was die wahre Häufigkeit betrifft. Das schwächt die Aussagekraft vieler dieser Studien. Es geistern immer wieder diese Zahlen von 10 bis 20 Prozent Häufigkeit herum. Nur wer wie wir in der Klinik arbeitet, hat gesehen, dass das gar nicht passt zu der tatsächlichen Inzidenz von Long Covid. Wir haben bisher eine massive Überschätzung, auch von Seiten der Gesundheitspolitik. Mit Omikron sind wir jetzt eher bei einer Häufigkeit von 0,4 bis 0,5 Prozent der Corona-Infizierten.
Sie meinen, das Thema wird politisch überbewertet?
In der Tat überschreitet es, wie das Thema politisch behandelt wird, die Grenze der Seriosität.
Quelle: FAZ

dazu auch: **Corona-Politik: Entschuldigt euch endlich!**
Quelle: NachDenkSeiten